An den Generalsekretär der SPD

Lars Klingbeil

(in Kopie an Rainer Vogt, SPD-Parteivorstand

Abteilung Internationale Politik)

Sehr geehrter Herr Klingbeil,

vor etwa einem Jahr, während der Koalitionsverhandlungen, wandten wir uns an Sie, um Sie zu bitten, in Ihren Beratungen die Interessen der Menschen in anderen Teilen der Welt zu berücksichtigen. Ganz besonders nahmen wir Stellung zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), die die EU mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raumes seit 2002 verhandelt. Wir bezogen uns darauf, dass nach mehr als 16 Jahren diese Verhandlungen zu einem Flickenteppich unterschiedlicher Vereinbarungen geführt haben und die von der EU behauptete Förderung der regionalen Integration Afrikas sich in ihr Gegenteil verkehrt hat.

Entsprechend sollte die Umsetzung der bereits ratifizierten Interimsabkommen mit Kamerun, Ghana, und der Elfenbeinküste, mit dem Östlichen und Südlichen Afrika und das Regionalgüterabkommen mit der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas gestoppt werden, weitere Abkommen nicht unterzeichnet und alle neuen EPA - Verhandlungen ausgesetzt werden. Allen Mitteleinkommensländern Afrikas sollte der gleiche zoll- und quotenfreie Marktzugang ermöglicht werden, der für die Niedrigeinkommensländer gilt, ohne dafür im Gegenzug eigene Zölle auf Produkte aus der EU abbauen zu müssen.

In unserem Schreiben vom vorigen Jahr setzten wir uns außerdem dafür ein, im Vorfeld aussagekräftige Wirkungsanalysen durchzuführen, bevor es künftig in einem neu zu definierenden Rahmen zu neuen handelspolitischen Vereinbarungen zwischen der EU und Afrika kommen sollte : „Diese müssen zum einen wirtschaftliche Folgen, Schutzmechanismen für kleine ProduzentInnen in Afrika und die Gewährung politischer Handlungsspielräume für deren Regierungen einbeziehen und zum anderen die Auswirkungen auf Menschenrechte, Beschäftigung, Umwelt, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Lebensunterhalt prüfen. Auch verbindliche Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsklauseln dürfen nicht fehlen. Zivilgesellschaftliche Akteure aus unterschiedlichen Berufsgruppen sollten die Durchführung der Wirkungsanalysen begleiten und die Verhandlungen und Umsetzung der Abkommen beobachten können.“

Im Blick auf unsere Vorstellungen, in welcher Weise die Afrika – Beziehungen seitens der EU neu gestaltet werden sollten, verweisen wir auf die Dokumentation der Konferenz vom 7.6.017: “Die Chance ergreifen: EU-Afrika-Handelsbeziehungen neu gestalten“. Die Konferenz wurde von zivilgesellschaftlichen Gruppen durchgeführt und ihre Vorschläge sind noch immer aktuell: <https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/1712_epa-konferenz-dokumentation_final.pdf>

Auch wenn wir überzeugt sind, dass es keiner weiteren Überprüfung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen bedarf, da die bereits gemachten Studien deutlich zeigen, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung afrikanischer Länder nicht dienen, so nahmen wir ermutigt und hoffnungsvoll in Beziehung auf eine verbesserte, gerechtere Handelspolitik in dieser Legislaturperiode den neuen Koalitionsvortrag zur Kenntnis:

„Wir wollen Vorreiter für eine faire Handelspolitik mit Afrika sein. Wir werden die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (EPAs) daraufhin überprüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Dies gilt auch für das Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU. Die Afrikanische Union unterstützen wir beim Aufbau einer einheitlichen panafrikanischen Freihandelszone. Die EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien werden wir zügig in nationales Recht mit starken Durchsetzungsbestimmungen umsetzen und uns auf europäischer Ebene für die Abschaffung der Freigrenzen und Ausweitung auf die gesamte Lieferkette einsetzen.“

(8. Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung, Unterpunkt „Fairer Handel“)

Im Laufe des vergangenen Jahres haben wir die Politik der Koalition auf nationaler und europäischer Ebene verfolgt. Leider konnte konnten wir bisher keine Ansätze von Veränderung im Blick auf Handelsbeziehungen mit afrikanischen Ländern feststellen.

Daher unsere Fragen: wo steht die CDU/CSU-SPD-Koalition in der Umsetzung des eigenen Koalitionsbeschlusses? Durch welche Mechanismen will die Bunderegierung die angekündigte Überprüfung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen durchsetzen und ab wann können wir mit den ersten Ergebnissen rechnen?

Freundliche Grüße